

Mahnmal für DDR-Opfer soll am Berliner Spreebogen stehen

Bund, Land und Bezirk Mitte haben lange nach geeignetem Standort gesucht. Nun gibt es eine Einigung

Für das vom Bundestag beschlossene Mahnmal für die Opfer von kommunistischer Gewaltherrschaft ist nach Angaben der Opferverbände ein Standort in Deutschland gefunden. Der Bund, das Land Berlin und der Bezirk Mitte hätten sich darauf verständigt, es im Berliner Spreebogen zu errichten, berichtete der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Beim Standort handele es sich um eine Grünfläche zwischen dem Bundestag und dem Berliner Hauptbahnhof.

Es habe vor wenigen Wochen einen gemeinsamen Ortstermin von Bund, Land und Bezirk gegeben, berichtete Dombrowski weiter. „Und alle sind sich einig, dass dies Standort Nummer eins ist“, sagte er. Dombrowski geht nun davon aus, dass es bis zum 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 eine standortbezogene Ausschreibung geben wird. „Ab da sind zwei Jahre bis zur Fertigstellung des dreidimensionalen

Mahnmals realistisch“, meinte der UOKG-Vorsitzende. „Der Beirat hat den Bund und den Bezirk Mitte gebeten, sich über weitere Schritte zu verständigen“, sagte Dombrowski der Deutschen Presse-Agentur.

Um den 17. Juni 1953 hatten an etwa 700 Orten in der DDR bis zu eine Million Menschen gegen härtere Arbeitsbedingungen und für Freiheitsrechte demonstriert. Der Aufstand wurde von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. 55 Menschen wurden getötet, etwa 10.000 verhaftet.

Der Deutsche Bundestag hatte die Einrichtung des Mahnmals bereits im Dezember 2019 beschlossen. Damit soll der Opfer und ihrer Verfolgung gedacht und die Erinnerung an Unrecht und Verbrechen wachgehalten werden. Das Konzept dafür wurde von einem neunköpfigen Beirat erarbeitet und im Dezember 2020 vorgestellt. Sobald der Ort feststeht, soll in einem Wettbewerb über die künstlerische Gestaltung des Mahnmals entschieden werden. Seit mehreren Jahren setzen sich die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Errichtung eines Mahnmals im politischen Zentrum Berlins ein. Bereits im Jahr 2015 befürwortete der Bundestag die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland. Bisher erinnern in Deutschland mehr als 900 Gedenkzeichen, -stätten und Museen an die Diktatur in der SBZ und DDR. *dpa*



Dieter Dombrowski, Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. BERND SETTNIK/DPA